



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 26. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordnete
Katja Bahlmann
(DIE LINKE)

Finanz-Schlampereien beim Aufbau des Digitalfunknetzes

Bei der Vorstellung des Jahresberichtes 2016 des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt Teil 1 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2015 - Denkschrift und Bemerkungen (Landtagsdrucksache 7/519) wurden, wie die MZ am 21. Oktober 2016¹ berichtete, „dem LandesInnenministerium Finanz-Schlampereien beim Aufbau des Digitalfunknetzes“ vorgeworfen. Im Beitrag wird u. a. ausgeführt: „Der Digitalfunk soll in Zukunft bundesweit Polizisten, Feuerwehren, Rettungsdienste, Zoll und Katastrophenschutz verbinden und gilt als Prestigeobjekt. Laut Rechnungshof hat es das Innenministerium aber über Jahre hinweg versäumt, sich Millionenbeträge für den Aufbau vom Bund erstatten zulassen. So sei das Land seit 2010 unnötig auf Kosten von rund 4,8 Millionen Euro sitzen geblieben, weil aus ‚nicht ersichtlichen Gründen‘ keine Rechnungen gestellt wurden, ...“

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen wurden bis heute aus der Kritik des Landesrechnungshofes gezogen?
2. Welche Veränderungen gab es seitdem bei der Erstattungspraxis zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt?

¹ Quelle: <https://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/kritik-an-beamten-rechnungshof-kritisiert-ausgaben-in-sachsen-anhalt-24953692>.

2. Abgeordnete
Kerstin Eisenreich
(DIE LINKE)

Erweiterte Tourismusabgabe

Vertreter von Landesregierung und Koalitionsfraktionen kündigten an, die bisher hohen Hürden zur Erhebung der Tourismusabgabe nach § 9a Kommunalabgabengesetz (KAG-LSA) absenken zu wollen. Voraussetzungen sind bisher die staatliche Anerkennung als Kur- oder Erholungsort oder mindestens das Siebenfache der Einwohnerzahl an Touristen. FOCUS Online berichtete diesbezüglich am 28. März 2018, dass die Stadt Wittenberg deshalb ihre Pläne für eine Bettensteuer vorerst auf Eis gelegt hat.² Diese Aussetzung der Bettensteuer gilt bis zum 30. September 2018.

Wirtschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD) sprach sich u. a. für erweiterte Möglichkeiten aus, eine betriebliche Tourismusabgabe zu erheben. Die tourismuspolitischen Sprecher Lars-Jörn Zimmer (CDU) und Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sahen darin Chancen für die Städte und Gemeinden und die kommunale Selbstverwaltung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen sollen für die Erhebung der betrieblichen Tourismusabgabe ab welchem Zeitpunkt gelten?
2. Welche Gründe rechtfertigen es, die Voraussetzungen für die Erhebung der betrieblichen Tourismusabgabe zu ändern?

² Vgl. FOCUS Online: „Wittenberg setzt Bettensteuer aus“: https://www.focus.de/regional/sachsen-anhalt/kommunen-wittenberg-legt-bettensteuer-auf-eis_id_8685604.html.

3. Abgeordneter
Andreas Höppner
(DIE LINKE)

Aussagen des Ministerpräsidenten zur Giftschlammgrube Brüchau

Laut einem „Volksstimme“-Bericht vom 5. September 2018 äußerte sich Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am Rande der Kabinettsitzung in Gardelegen zur Giftmüllgrube Brüchau wie folgt:

„Es steht fest. Es ist keine Frage der Finanzen. Das Geld ist da. Wir werden also nichts aussetzen.“

Es wurde betont, dass das Land für die Entsorgung der ehemaligen Bohrschlammdeponie zuständig sei und maximal 20 Millionen Euro dafür bereit stehen. Des Weiteren sind die zuständigen Fachbereiche der Ministerien jetzt gefordert, Varianten für die Entsorgung zu erarbeiten.

Weiter heißt es: „Inzwischen habe man auch dazu alte Stasi-Akten und Gesundheitsakten einsehen können - mit interessanten Inhalten. „Die Bevölkerung ist ja dazu nie aufgeklärt worden“, so Dr. Haseloff. Dieses Jahr und auch noch das nächste Jahr würden für Untersuchungen und konzeptionelle Erarbeitungen noch benötigt. 2020/2021 soll es dann in die „konkrete Phase“ gehen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Unterstützt die Landesregierung eine vollständige Beseitigung und Entsorgung der Giftmüllgrube Brüchau?
2. Welche „interessanten Inhalte“ können den Stasi-Akten und Gesundheitsakten entnommen werden?

4. Abgeordneter
Willi Mittelstädt
(AfD)

Aufklärung der Bevölkerung zu Erkenntnissen aus Aktenstudien zur „Bohrschlammdeponie Brüchau“

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff resümierte in der Volksstimme (Ausgabe Gardelegen, 5. September 2018), dass man inzwischen auch alte Stasi- und Gesundheitsakten - mit interessanten Inhalten - einsehen konnte. „Die Bevölkerung ist ja dazu nie aufgeklärt worden“, so Dr. Haseloff.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen erfolgte bisher keine umfassende Aufklärung der Bevölkerung zu den „interessanten Inhalten“ aus „alten Stasi- und Gesundheitsakten“?
2. Wann und wie beabsichtigt der Ministerpräsident, die Bevölkerung zu diesen Erkenntnissen aus den „alten Stasi- und Gesundheitsakten“ umfassend aufzuklären?

5. Abgeordnete
Lydia Funke
(AfD)

Geophysik der „Bohrschlammdeponie Brüchau“

In der 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, an der ich teilnahm, wurden Ergebnisse zur Geophysik der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ im „Zwischenbericht Geophysik“ für Ende August 2018 avisiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Flächenareale (ha) der Bohrschlammgrube wurden - bis in welche Tiefe - untersucht?
2. Welche konkreten Ergebnisse - im Hinblick auf den Untergrund und in der Vergangenheit eingebrachte Fremdkörper (z. B. Bohrleitungen und Fässer) - ergaben die geoelektrischen und -physikalischen Untersuchungen?

6. Abgeordneter
Volker Olenicak
(AfD)

**Ist im Fall „Bohrschlammdeponie Brüchau“
tatsächlich ein „klares“ Ende absehbar?**

Am 25. Juli 2018 erklärte Staatssekretär Klaus Rheda in MDR-Exakt, zur Beräumung der Bohrschlammdeponie Brüchau, „dass es 20 bis 50 Jahre dauern würde, bis eine Entscheidung zur Entlassung aus dem Bergrecht gefällt wird“. Demgegenüber ist für Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff ein „klares Ende erkennbar. Wir werden ein positives Ende erleben. Wir werden das in den Griff bekommen“ (Volksstimme, Gardelegen, 5. September 2018).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher der beiden benannten Zeithorizonte ist nun so „klar“, dass er wann beginnt und wann endet?
2. Auf welchen konkreten neuen Ergebnissen - seit Juli 2018 - basiert die euphorische Aussage des Ministerpräsidenten, die dem Pessimismus des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, dass viele Betroffene aus der Bevölkerung - aufgrund des ange-dachten Zeithorizontes - ein Ende eben nicht erleben werden, widerspricht?

7. Abgeordneter
Andreas Gehlmann
(AfD)

**Neue Entsorgungsvarianten für das Projekt
„Operation Brüchau“**

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff vergleicht die Beräumung der Bohrschlammdeponie Brüchau mit einer medizinischen Operation, für die Fachbereiche der Ministerien Varianten für die Entsorgung erarbeiten (Volksstimme, Gardelegen, 5. September 2018).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Fachbereiche der Ministerien erarbeiten Varianten zu einzelnen Fragestellungen der Entsorgung von Inhalten der „Bohrschlammdeponie Brüchau“?
2. Welche Vorschläge für die Entsorgung werden vom Betreiber Neptune Energy unterbreitet bzw. wurden in den bisherigen Konzepten des ehemaligen Betreibers Engie E&P Deutschland GmbH vorgeschlagen?

8. Abgeordneter
Alexander Raue
(AfD)

Geologische Erkundung und Messnetzerweiterung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“

In der 19. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, an der ich teilnahm, wurden Ergebnisse zur geologischen Erkundung und Messnetzerweiterung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ für den 6. September 2018 avisiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Messstellen wurden - auf welchen Flächen - auf bzw. um das Gelände der Bohrschlammgrube Brüchau neu angelegt?
2. Welche konkreten Ergebnisse ergaben die begleitenden geologischen Erkundungen?

9. Abgeordneter
Hannes Loth
(AfD)

Umsetzung der Weidetierprämie für Schäfer

In der 54. Sitzung des Landtages, vom 31. August 2018, wurde unter TOP 25 die Drs. 7/3308 per Beschluss angenommen. In Punkt 3 der Drs. 7/3308 wurde gefordert, dass je Muttertier eine Prämie in Höhe von 25,00 € ausgelobt wird. Im Haushaltsentwurf der Landesregierung vom 17. September 2018 konnte kein entsprechender Haushaltstitel festgestellt werden, indem diese Prämie umgesetzt wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Ausarbeitung der entsprechenden Förderrichtlinie des Landes zur Auslobung einer Weidetierprämie?
2. Welche Mittel (Höhe in € unter Titelgruppe/ Haushaltstitel) hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie für das Haushaltsjahr 2019 eingeplant?

10. Abgeordnete
Monika Hohmann
(DIE LINKE)

Schulsozialarbeit

Laut Informationen von Trägern der Schulsozialarbeit liegen aktuell nicht allen Trägern, denen eine Bewilligung im Zeitraum 2018/2019 in Aussicht gestellt wurde, Zuwendungsbescheide für die entsprechenden Stellen vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Für wie viele Schulsozialarbeitsstellen wurden im aktuellen Bewilligungszeitraum 2018/2019 Zuwendungsbescheide ausgereicht?
2. Wie viele beantragte Schulsozialarbeitsstellen haben im aktuellen Bewilligungszeitraum 2018/2019 eine Zuwendung in Aussicht gestellt bekommen, aber noch keinen Zuwendungsbescheid erhalten und warum nicht?

11. Abgeordnete
Dr. Katja Pähle
(SPD)

Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners an Gewässern

Für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Naturpark Drömling steht derzeit kein Mittel zur Verfügung, das für die Verwendung an Gewässern zugelassen ist. Das stellt die Verwaltung des künftigen Biosphärenreservats, Kommunen, Forstverwaltung und private Anlieger vor nicht lösbare Probleme.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Eichenprozessionsspinner in der näheren Umgebung von Gewässern und in Naturschutzgebieten effektiv bekämpfen zu können?
2. Gibt es hierzu bundesweite Initiativen oder Forschungsprojekte, und wenn nein, in welcher Form setzt sich die Landesregierung dafür ein?